

Widerstand gegen „Germanitien“

Justizopferhilfe NRW nennt Büro „Botschaft“ / Bürgermeister Held: „Wirrköpfe“

VON ULF HANKE

■ Löhne. Die umstrittene Justizopferhilfe hat ihr Büro zum Botschaftsgelände des Fantasistaates „Germanitien“ erklärt. Über dem Eingang an der Lübbecke Straße wird gewarnt: „Sie verlassen den Geltungsreich der BRD“. Grenzposten und Zollbeamte fehlen, die Tür steht tagsüber weit offen. Die Ausrufung ihres Staates mitten in der Stadt sorgt in der Löhner Ratspolitik für einhelliges Kopfschütteln. Bürgermeister Heinz-Dieter Held nennt ihre Anhänger „Wirrköpfe“ und ihre Ansichten „Blödsinn“.

Jusos, Grüne Jugend und AWO-Jugend haben bereits am Mittwochabend ihren Protest gegen das Büro öffentlich gemacht. Die Jugendorganisationen rufen zu einem Bündnis aller Demokraten gegen Rechtspopulismus und -extremismus auf.

Am Montag, 20 Uhr, soll ein erstes Treffen in der Werretalhalle, Gruppenraum 1, stattfinden. „Wehret den Anfängen“, sagt Juso Alexander Sturm. Die Idee findet durch alle Ratsfraktionen hinweg Zustimmung.

Die Aktivisten der sogenannten Justizopferhilfe (JOH) NRW reagieren gelassen auf die Ankündigung. Ralf Wachsmuth, Eigentümer des Gebäudes und nach eigener Auskunft „Botschafter von Germanitien“: „Da kommen wir auch. Wir sind gegen Rechtsextremismus.“ Er lädt für Montag zwei Stunden früher ins Büro, um die Öffentlichkeit selbst zu informieren: Wachsmuth: „Wir wollen über das System der BRD aufklären.“

Hinter der JOH steckt nach Recherchen der NW unter anderem die vom Verfassungsschutz beobachtete Reichsbürgerbewegung (wir berichteten). Die Aktivisten der JOH akzeptieren die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland nicht, basteln sich eigene Personalausweise und Führerscheine, geben sich als Diplomaten eines Fantasistaats aus und haben ihr Büro zur Botschaft erklärt.

Die Jugendorganisationen dagegen halten die Ansichten der JOH nicht für Klamauk, sondern für gefährlich. Vor dem Büro der JOH entrollten sie am Mittwoch ein Banner mit der Aufschrift „Keine demokratiefreien Zonen in Löhne“ und schossen ein paar Fotos. Das Foto-Shooting hatten sie als Aktion „vor dem Nazibüro“ bei Fa-



Drei von der sogenannten Justizopferhilfe: Ralf Wachsmuth, Michael Szusz und Jürgen Niemeyer (von links), die sich als „Botschafter Germanitien“ bezeichnen. Sie sagen: „Wir sind keine Nazis.“

FOTO: ULF HANKE

cebook angekündigt. „Wir wollen nicht, dass solche Organisationen hier in Löhne Fuß fassen“, sagt Juso-Sprecher Philip Sulewski.

Die „Germaniten“ erkennen die Oder-Neiße-Grenze zwischen Deutschland und Polen nicht an und fordern ein Deutschland in den Grenzen von 1937, was praktisch die An-

nektierung weiter Teile Polens und der russischen Exklave Kaliningrad bedeuten würde. „Die betreiben rechten Geschichtsrevisionismus“, sagt Alexander Sturm: „Was die hier im Schaufenster aushängen, mag nach Satire klingen, aber das kann sich schnell ändern.“ Yeliz Ünal von den Jusos sagt: „Wie tolerant darf man gegenüber Intoleranz

sein?“

Schweigen hält die Jugend für die falsche Strategie. „Eine demokratiefreie Zone wäre gefährlich für Löhne“, sagt Franziska Lindemann von der Grünen Jugend.

Nach einer Viertelstunde war die Aktion an der vermeintlichen Staatsgrenze vorbei. Beim Weggehen erinnerte Alexander Sturm an den Werbespruch

„Weltstadt der Küchen“. In wenigen Wochen trifft sich die Branche aus aller Welt auf dem Gelände direkt gegenüber von der vermeintlichen Botschaft. „Was soll die Küchenwelt nur von Löhne denken?“, fragt Sturm und zeigt ins verglaste Büro: „Die Germaniten haben ja noch nicht mal eine anständige Küche in ihrem Büro.“

Das sagen die Ratspolitiker zur Justizopferhilfe

■ Löhne (ulf/sba). Einen Anlass, das Büro der sogenannten Justizopferhilfe zu schließen, sieht **Bürgermeister Heinz-Dieter Held** im Augenblick nicht. Zur Ausrufung des Botschaftsgeländes sagt er: „Das ist Blödsinn. Aber jeder kann an seine Haustür schreiben, was er will. Das sind Wirrköpfe. Die Stadtverwaltung beobachtet die Aktivitäten und steht in Kontakt mit dem Bielefelder Staatsschutz.“

LBA-Fraktionschef Dr. Hermann Ottensmeier hält die Büro-Öffnung für „problematisch“ und sagt: „Das kommt mir obskur vor. Ich sehe keine Notwendigkeit für Justizopferhilfe. Das Büro macht Löhne

nicht attraktiver.“ Einem Bündnis würde sich Ottensmeier nur anschließen, wenn es sich „gegen jede Form von Extremismus richtet“.

„Das ist eine Lachnummer“, sagt Uwe Neuhaus, Fraktionschef der FDP. „Je mehr man sich damit beschäftigt, desto mehr Aufmerksamkeit bekommen die. Trotzdem sollte man das Büro im Auge behalten. Die Opferhilfe ist aber Vortäuschung falscher Tatsachen. Juristischer Rat sollte Rechtsanwälten vorbehalten bleiben.“

Silke Glander-Wehmeyer von den Grünen zeigte sich erschrocken über das Büro. „So etwas vermutet man eher in

Großstädten als in Löhne. Ich halte gar nichts davon. Das müsste verboten werden.“

Der Rechtsanwalt und CDU-Fraktionschef Dr. Tim Ostermann sagt: „Man ist geneigt, das als Witz abzutun. Aber es können auch Gefahren davon ausgehen. Das sind



Tim Ostermann (CDU)

völlig hirn-rissige Ansichten. Blödsinn an sich ist aber nicht strafbar in Deutschland.“

Egon Schewe, SPD-Stadt-

verbandsvorsitzender: „Ich finde das ärgerlich. Bisher hat sich Rechtsaußen bei uns nicht so deutlich zur Schau gestellt. Das muss ernst genommen werden. Ich hoffe, dass der Rat eine gemeinsame Entschließung dazu findet.“

Ulrich Adler von den Linken hat sich die Flugblätter der „Germaniten“ durchgelesen: „Das ist übelste Hetze von Rechtspopulisten. Da muss etwas gegen getan werden. Das erinnert an den Aufstieg der NSDAP. Wehret den Anfängen! Die Ausrufung einer Botschaft ist Humbug, um Aufmerksamkeit zu erregen. Erfüllt das alles nicht den Tatbestand der Volksverhetzung?“

BRD-Dienstausweisträger - Bitte beachten:

DIE UNIVERSALITÄT DER MENSCHENRECHTE , Bundeszentrale für politische Bildung.

Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte.

Band 256, 19. Dezember 1966 (Seite308)

Artikel 19 der Menschenrechte:

Jedermann hat das Recht auf Freiheit der Meinung und der Meinungsäußerung;
dieses Recht umfasst die unbehinderte Meinungsfreiheit und die Freiheit, ohne Rücksicht
auf Staatsgrenzen Informationen und Gedankengut durch Mittel jeder Art sich zu
beschaffen, zu empfangen und weiterzugeben.

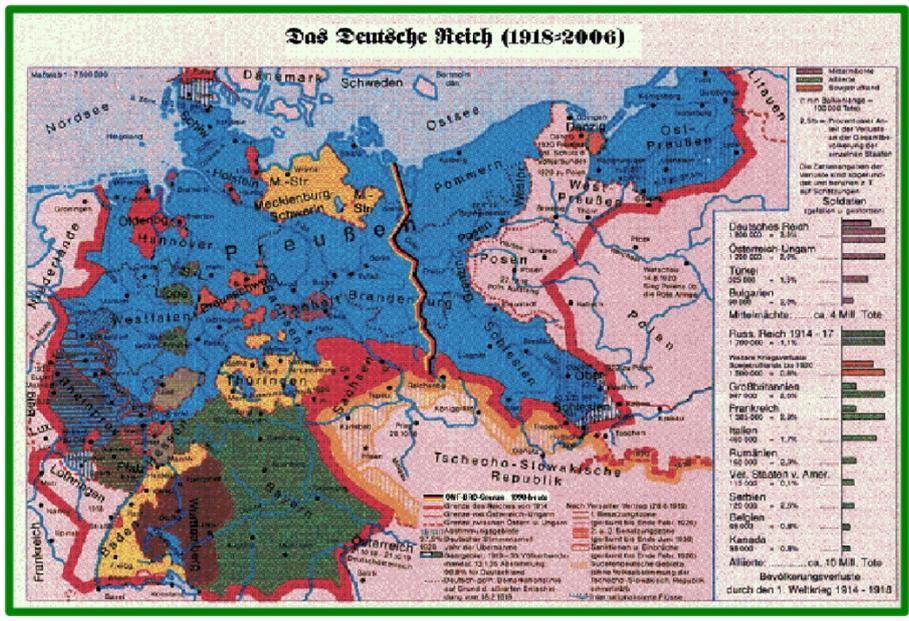
Zu widerhandlung ist ein "Verbrechen gegen die Menschlichkeit".

Entschuldigungen man habe ja nur Verordnungen und Befehle ausgeführt, gelten seit den
Nürnberger IMT-Verfahren 1945/46 nicht mehr.

**Die Justiz-Opfer-Hilfe NRW ist das Interim-Amt der Justiz
nach DEUTSCHEM RECHT und der Menschenrechte.**

Wir sind nicht rechtsradikal - Wir sind nicht linksradikal

Die JOH NRW ist Radikal im Recht!



Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland scheinen vergessen zu haben, was sie dem deutschen Volk nach Offenkundigkeit mal für eindeutige Wahl-„Versprechen“ gegeben haben.

Fakt ist jedenfalls bis heute:

Es gibt bis heute kein völkerrechtlich wirksames Dokument zur Abtrennung von 108 000 km² von Deutschland. Bis heute besteht Deutschland in seinem Gebietsstand vom 31.12.1937 nach Staats- und Völkerrecht fort.

Das ist eine offenkundige Tatsache die auch mit Lügen und Hetze durch die NW Löhne und durch Ratspolitiker der Stadt Löhne nicht umgedeutet werden kann. Darüber hinaus entspricht es ebenfalls nicht der Wahrheit, wenn in der NW Löhne Nr. 198 vom 25/26 August 2012 die Behauptung aufgestellt wird, dass die „Germaniten“ ein Deutschland in den Grenzen von 1937 fordern würden. Dem ist nicht so. Die JOH NRW verweist lediglich auf bestehende und rechtlich wirksame Gesetzgebungen die den Staat Deutschland betreffen. (vgl. u. a. SHAEF-Gesetz Nr. 52, Art. VII, Abs. 9, Buchstabe (e), BBG § 185 a. F.)

Fakt ist, dass die BRD nicht der Rechtsnachfolger des Staates Deutschland ist und somit auch keine Gebietsabtretungen zum Nachteil des Deutschen Reiches und des gesamten deutschen Volkes veranlassen/vornehmen kann.

Des Weiteren bleibt darauf hinzuweisen, dass die BRD über keine souveräne Verfassung verfügt. Die BRD verfügt bis heute nur über ein Grundgesetz für die BRD. Mit einem Grundgesetz für die BRD haben Bürger des Staates Deutschland/Deutsches Reich aber nichts zu tun. Eine gültige Verfassung muß auch vom deutschen Volk ratifiziert werden und setzt natürlich auch einen Friedensvertrag voraus. Die BRD kann aber für das deutsche Volk keinen Friedensvertrag aushandeln, denn das kann aus den bekannten Gründen nur der Staat Deutschland/Deutsches Reich selbst tun.

Aus diesem Grund sind ja die erklärten Ziele der Justiz-Opfer-Hilfe NRW auch ein Friedensvertrag für das deutsche Volk und die Umsetzung des GG Art. 146.

Allgemeiner Hinweise:

Nur für den Fall, dass auch weiterhin an eine rechtsgrundlagenlose Rechts- und Gesetzauffassung festgehalten wird, wird präventiv bereits jetzt darauf hingewiesen, dass gemäß den Bestimmungen der Artikel 1, 2, 5, 12,17 und 30 AllgErklMenschenR, den Bestimmungen der Artikel 1, 5, 7, 8, 14, 17 und 18 IPbürgR (BGBl. 1973 II S. 1534), den Bestimmungen der Artikel 1, 5, 11 und 12 IPwirtR (BGBl. 1973 II S. 1570) und den Bestimmungen der Artikel 1 und 2 UN-Folterkonv. (BGBl. 1990 II S. 246) in Verbindung mit Artikel 25 GG jeder persönlich für seine Handlungen verantwortlich ist und dafür auch zur gegebenen Zeit persönlich zivil- und strafrechtlich von der Justiz-Opfer-Hilfe NRW belangt werden wird.

Lafontaine: Deutschland ist KEIN SOUVERÄNER STAAT!!!

[bild, zeitung, 07.01.2003, montag, kolumne, irak, schröder, gerhard, fischer,](#)

10.01.2003 Lafontaine in seiner Montags-Kolumne in der Bild-Zeitung von Montag, den 06.01.2003:

Deutschland ist: KEIN SOUVERÄNER STAAT.

. . . Wenn Washington am Golf Krieg führt, ist Deutschland immer beteiligt, weil es der "Flugzeugträger" der USA in Europa ist.
WIR SIND KEIN SOUVERÄNER STAAT. Wir nehmen gezwungenermaßen an Angriffskriegen der Supermacht teil. Die Berliner Debatte über Beteiligung oder Nichtbeteiligung findet im Wolkenkuckucksheim statt . . ., soweit Lafontaine



Deutschland ist kein souveräner Staat

Seien Sie gewiß: Auch andere Politiker sind sich bewußt, daß wir eben nicht in einem souveränen Staat leben und werden weiter behaupten, daß die BRD eben doch souverän sei, das Grundgesetz eine Verfassung wäre, und, und, und.

Im stillen Kämmerlein versuchen sie derzeit, das Reichs- und Staatsangehörigkeits-Gesetz (RuStAG) zu ändern und umzubenennen, damit Sie vergessen sollen, Bürger des existenten Deutschen Reiches zu sein:

Derzeitiger §1 RuStAG: Deutscher ist, wer die unmittelbare Reichsangehörigkeit besitzt.

Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen im geheimen 60. Witzfigurenbundesstaat der Vereinigten Staaten von Amerika.

Aktion • Punkt

Lesen/Kopieren/Verteilen

Wolfgang Schäuble (CDU) auf dem European Banking Congress am 18.11. 2011 in Frankfurt a.M. - <http://www.youtube.com/watch?v=2IRnDOtu1z8&feature=youtu.be>

Zitat:

"Und wir in Deutschland sind seit dem 08.Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr souverän gewesen."

Geh Denken!

Justiz-Opfer-Hilfe NRW
Vorstand - Öffentlichkeitsarbeit
Notfall-Nr.: 0170 / 74 53 82 3
email: info@joh-nrw.net
www.joh-nrw.net

Damit ist nun aber auch der/die Hochverrat/Volksverhetzung/Willkür zum Nachteil der Bürger des Staates Deutschland/Deutsches Reich (RuStAG von 1913) durch BRD-Dienstausweisträger & Politiker ganz klar unter Beweis gestellt und somit nun auch offenkundig!?

Somit waren aber auch alle BRD-Anordnungen/Beschlüsse/Entscheidungen/Gesetzesänderungen/Handlungen/Urteile/Verfügungen..., ect., illegal/nichtig, denn durch die Aussage von Wolfgang Schäuble wurde doch auch bestätigt, dass die BRD zu keinem Zeitpunkt ein Staat gewesen sein kann. ?

"Deutsch" im BRD-Personalausweis bedeutet für Sie als Personal-Person der BRD somit die tatsächliche Recht- und Staatenlosigkeit. ?

Geh Denken!



Werden auch Sie jetzt Person der JOH/WAG/VG Germaniten als Staat Germaniten.

AUFRUF AN DAS DEUTSCHE VOLK ZUM

WIDERSTAND

nach Artikel 20, Absatz 4 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland

Am 25. Juli 2012 hat das Bundesverfassungsgericht das **Bundeswahlgesetz** für **verfassungswidrig** und damit für **nichtig** befunden. Damit steht fest, daß unter der Geltung des Bundeswahlgesetzes **NOCH NIE (I)** der verfassungsmäßige Gesetzgeber am Werk war!

Der **VERFASSUNGSWIDRIG GEWÄHLTE „BUNDESTAG“** ist somit als **VERFASSUNGSWIDRIGES BRD-Organ NICHT BEFUGT**, einfach ein neues Wahlgesetz (oder irgendein anderes Gesetz) zu beschließen!

Jedes Verfahren, dem nachkonstitutionelles Recht zugrunde liegt, ist wegen des **VERFASSUNGSWIDRIGEN ZUSTANDEKOMMENS** dieses Gesetzes selbst **VERFASSUNGSWIDRIG** und **DAMIT NICHTIG!**

BUNDESTAG ILLEGAL!

Der gesamte „**Bundestag**“, nebst der deutschfeindlichen Merkel-„Regierung“, **IST SOFORT AUFLÖSEN!**

Diese verfassungshochverräterische Figuren der illegalen Merkel-„Regierung“, die von mehreren Tausend mutigen Deutschen mittlerweile wegen **Hochverrat, Hehlerei und Bildung einer kriminellen Organisation** bei diversen Staatsanwaltschaften angezeigt worden ist, hätten uns Deutsche ohne verfassungsmäßige Grundlage (!) eiskalt an den ESM **VERRATEN UND VERKAUFT**, ohne daß sich auch nur ein einziger Staatsanwalt dafür interessiert.

Alle Prozesse nach dem neuen Waffenrecht, dem KWKG (Kriegswaffenkontrollgesetz), dem neuen BGB, dem Sozialgesetzbuch und vor allem **STEUERSACHEN nach der AO 77**, sind darauf zu überprüfen, ob die angewandten Gesetze überhaupt vom **verfassungsmäßigen Gesetzgeber** erlassen wurden, oder immer nur von ein paar Leuten, die sich weitgehend selbst gewählt haben, **um deutsche Interessen zu verkaufen**, um kräftig Diäten abzukassieren und den „Gesetzgeber“ zu spielen!

Es ist umfassend zu überprüfen ob abgeschlossene Verfahren wieder aufzunehmen sind bzw. ob und welche Schadensersatz- oder Rückforderungsansprüche gegen den **BRD-(Schein-)„Staat“** geltend zu machen sind.

Welche Besoldungs-, welche Pensions- oder gar welche Diätengesetze haben überhaupt Gültigkeit?

**IN ALL DIESEN BEREICHEN
IST JETZT SO ZIEMLICH JEDE GESETZLICHE GRUNDLAGE WEGGEBROCHEN!!**

Man denke auch an die gesinnungs-strafrechtlichen Verschärfungen
und die daraus resultierenden gefüllten Gefängnisse!

Jedem Einzelnen sei nun geraten, in den **anhängigen Verfahren** die gesetzlichen Grundlagen in Zweifel zu ziehen, aus dem Gesichtspunkt der **Nichtigkeit wegen Verfassungswidrigkeit**.

Aus der Karlsruher Entscheidung folgt, daß jedes seriöse Gericht (den gesetzlichen Richter setzen wir gedanklich einmal voraus) bestehende Verfahren sofort unterbrechen und pflichtgemäß eine Vorlage nach Art. 100 GG an das Bundesverfassungsgericht (**Bundesgrundgesetzgericht**) durchführen muß.

Dies gilt für nahezu 99% (!) aller anhängigen Verfahren bzw. für alle Verfahren, die unter der Geltung des „Bundeswahlgesetzes“ stattfanden!

MERKEL IST KEINE KANZLERIN!

Sämtliche Wahnsinnsbeschlüsse der illegalen Merkel-"Regierung", aber auch die, der vorhergegangenen "Regierungen", wie z.B. der **ESM**, die **EU-Diktatur**, die Abkommen von **Maastricht** bis **Schengen**, der "**Lissabon-Vertrag**" uvm. **sind per sofort nichtig und hinfällig!**

Handeln Sie deshalb jetzt!

Das Deutsche Volk muß die Macht in Deutschland wieder in die eigene Hand nehmen und es müssen dringend Präzedenzfälle geschaffen werden!

Das illegale BRD-Politsystem versucht in gewohnter Manier, die fundamentale Bedeutung dieses bahnbrechenden Urteils des Verfassungsgerichtes herunterzuspielen und tut so, als ob es sich beim **verfassungswidrigen Bundeswahlgesetz** nur um einen "kleinen Betriebsunfall" handeln würde und ansonsten alles in Ordnung wäre.

Dem ist aber nicht so!

Jetzt kommt plötzlich ans Licht, wie die großen Systemparteien, insbesondere die CDU, dafür gesorgt haben sich unliebsame politische Konkurrenten vom Leibe zu halten, um stets "sauber" als angebliche Mehrheitspartei dazustehen.

MERKEL IST AB SOFORT KEINE „KANZLERIN“ MEHR (UND WAR ES OFFENSICHTLICH AUCH NIE), sondern nur eine x-beliebige Privatperson, genau wie ALLE Minister, Abgeordneten etc...!

Dies muß jetzt ganz klar erkannt und herausgestellt werden.

Es ist nicht zulässig, daß Merkel sich jetzt mal eben mit der Opposition abstimmt und **schnell noch ein neues Wahlgesetz auf den Weg bringt**, damit ihre zusammengelogene Beliebtheit und der nächste Wahlsieg nicht gefährdet werden!!

Kein einziger **ABGEORDNETENHANSEL** hat ab heute mehr etwas im Bundestag verloren, geschweige denn zu besprechen oder zu mauscheln!

JEDER, der sich jetzt noch ein Amt annaßt und mit dem Ausverkauf Deutschlands fortfährt, **IST FESTZUSETZEN** bis zur **späteren Verhandlung** vor einem vom **Volk legitimierten Gericht!**

Niemand hat momentan die Legimitation als Vertreter des Deutschen Volkes aufzutreten und / oder irgendwelche internationalen Unterwerfungserklärungen abzugeben oder überhaupt irgendetwas im Namen des Deutschen Volkes zu veranstalten oder zu entscheiden.

Wie schon beim **Verfassungshochverrat durch die illegale BRD-Regierung** im Zusammenhang mit dem ESM, ist leider auch dieses Mal auf weiter Flur nichts von den (abhängigen und weisunggebundenen) „Staats“-Anwälten zu hören und zu sehen!

Die gegenwärtige Situation ist die offensichtlichste WIDERSTANDSSITUATION (nach Art. 20 4 GG), in der wir Deutschen uns jemals befunden haben!

Jetzt muß das gesamte deutsche Volk aufstehen, handeln und sich organisieren.

**SOFORT SCHLUSS MIT BRD-ABZOCKER-FIRLEFANZ WIE „GEZ“ UND ÄHNLICHEM ...!
SOFORT SCHLUSS MIT ZWANGS-„KAMMERSCHAFTEN“, ZWANGS-„MITGLIEDSCHAFTEN“ u.ä!
SOFORT SCHLUSS MIT ALLEN ILLEGALEN BRD-„STEUERN“!**

Und vor allem:

SCHLUSS MIT MERKEL UND IHREM HOCHVERRÄTER-KABINETT!!

Gleichzeitig ist der Weg sofort zu bereiten, den Art. 146 GG durch das Deutsche Volk umzusetzen und zwar in seiner ursprünglichen Form!

Es lebe die wahre und echte Demokratie!

Alle Staatsgewalt geht ausschließlich vom deutschen Volke aus!

☛ **Bitte diese Informationen kopieren, ausdrucken und weiträumig verbreiten.**

Von Rechtsanwalt Lutz Schäfer • http://www.lutzschaefer.com/index.php?id_kategorie=8&id_thema=255
<http://www.politaia.org/wichtiges/bundeswahlgesetz-der-gesamte-bundestag-ist-sofort-aufzulosen/>

Höhere Stückzahlen zwecks Weitergabe können preiswert angefordert werden bei
RK Druck- und Vertrieb • Postfach 1824 • 58018 Hagen • www.ruedigerkahn.com